

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Einrichtung einer Vert-Ramp

GRin. Mag. Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich weiß, ich bin lästig mit meinen Anfragen oder Anträgen betreffend die Errichtung einer Vert-Ramp für die Skateboarder. Ich habe in der Gemeinderatssitzung am 16.11.2006 an Sie, Herr Bürgermeister, einen Antrag bezüglich der Errichtung einer Vert-Ramp für SkateboarderInnen gestellt. Hintergrund waren die Bemühungen des jungen Skateboards Kevin Etheridge, der in einer Unterschriftenaktion für die Errichtung einer Vert-Ramp mehr als 300 Unterschriften gesammelt hat.

Sie haben daraufhin wörtlich gesagt, ich habe den Protokollauszug: „Ich leite diesen Antrag selbstverständlich an das Sportamt mit dem Nachdruck weiter, damit wir da einmal ein Angebot für Jugendliche schaffen.“

Die Antwort des Sportamtes, und in weiterer Folge von Ihnen Herr Bürgermeister, nach Abklärung der Situation war, dass eine gemeinsame Lösung „Verkehrsgarten und Skatepark inklusive einer Vert-Ramp“ eine sinnvolle Kombination wäre. Das Sportamt sei aber noch auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück in Zentrumsnähe.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachdem die Bemühungen der jungen SkateboarderInnen zur Errichtung einer Vert-Ramp bereits seit über einem Jahr laufen, stelle ich an Sie die

A n f r a g e ,

gibt es bereits ein Grundstück und wann ist mit der Realisierung einer eigenen Vert-Ramp für SkateboarderInnen zu rechnen?(*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, es gibt leider noch kein geeignetes Grundstück, das wir gefunden haben. Ich bitte da alle mitzuhelfen und mitzudenken. Das Sportamt hat, wie gesagt, noch keines gefunden und die Kombination zwischen dem Verkehrsgarten und Ramp oder beziehungsweise dem ganzen Skate-Park wäre zwar eine sinnvolle Kombination, dort wo es sich aber jetzt anbietet, sind wir aber vom Platz her, soweit mir das mitgeteilt wurde, zu beengt. Das heißt, da käme es zu Nutzungskonflikten, weil ja auch unterschiedliche Altersstufen dort nebeneinander wären und da kann dann auch einiges passieren. Aber wie gesagt, es ist noch kein Grundstück gefunden worden. Ich bedaure das auch sehr, ich hätte liebend gerne schon ein Angebot für die jungen Menschen unserer Stadt, ein schöner Bereich im Stadtpark wurde uns damals leider auch durch das Bundesdenkmalamt nicht genehmigt. Wenn Sie auch eine Idee haben, bitte uns sagen, wir prüfen die ganze Geschichte und ich werde auch den Herrn Stadtrat Eiselsberg wieder ersuchen, mit dem Sportamt nicht müde zu werden, endlich ein Platzerl zu finden.

2) 110-kV-Leitung

GRin. Mag. **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die 110-kV-Leitung ist auch nicht das erste Mal, dass ich sie hier vortrage beziehungsweise Wünsche an Sie in Ihrer Funktion als Bürgermeister richte. Denn die 110-kV-Leitung beunruhigt die Bewohnerinnen und Bewohner im Grazer Westen verständlicherweise, weil doch befürchtet wird, dass die elektromagnetischen Felder gesundheitsbeeinträchtigende Wirkung haben. Die Verlegung an der Erdoberfläche ist zwar besser, als eine überliegende Verkabelung, aber noch besser wäre eine wirkliche Erdverkabelung, das heißt, dass das Kabel in die Erde verlegt wird. Bedauerlicherweise ist die erste Möglichkeit bereits verstrichen, weil die Stadt Graz die Möglichkeit, im Verfahren als Partei Stellung zu nehmen. Nunmehr liegt, datiert mit 26. April 2007 die eisenbahnrechtliche und forstrechtliche Bewilligung durch das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie vor.

Es gibt jetzt aber für die AnrainerInnen noch einen kleinen Hoffungsanker: Es ist nämlich der, dass innerhalb von sechs Wochen gegen diesen Bescheid Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof beziehungsweise Verwaltungsgerichtshof eingebracht werden könnte.

Die Werte sind dasjenige welches. Was es gilt zu verändern und das sind die elektromagnetischen Werte. Es wäre hier an die Umweltanwältin des Landes heranzutreten und diese könnte eine Umweltverträglichkeitsprüfung einfordern. Die Verkabelungstechnik habe ich bereits erwähnt und es wäre hier insbesondere im Bereich der Haltestellenbereiche Wetzelsdorf und Webling, hier liegt der unmittelbaren Belastungsbereich. Es gibt die Ö-Normen hier einzuhalten, aber es gibt darüber hinaus die weiteren gesundheitsvorsorgende Wirkungen zu berücksichtigen.

In Summe, ich glaube, die Werte habe ich im Antragstext bereits angeführt, ich möchte es hier etwas abkürzen, in dem Sinne, dass es hier natürlich die Möglichkeit gibt, dann für Sie, Herr Bürgermeister, stelle ich den Antrag beziehungsweise die

A n f r a g e ,

ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind, sich gemeinsam mit den betroffenen Bezirksvorstehungen von Wetzelsdorf und Webling umgehend mit der Umweltanwältin des Landes in Verbindung zu setzen und darauf zu drängen, dass diese einen entsprechenden Feststellungsbescheid für eine Umweltverträglichkeitsprüfung erlässt, wobei ich darauf hinweisen möchte, dass es derzeit einen Fristenlauf gibt, der eine raschere Erledigung dieser Anfrage als geschäftsordnungsmäßig vorgesehen erforderlich macht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin, ich werde jetzt sicher keine Zuständigkeitsdebatte mit Ihnen beginnen. Ich werde mir erlauben, mit dem Umweltreferenten der Stadt Graz, Ihrem Parteiobmann, dem Herrn Vizebürgermeister, schnellstmöglich mich in Verbindung zu setzen, mit der Umweltanwältin des Landes Steiermark umzuschauen, was man hier noch auf legalem Wege auch erreichen kann.

3) Interkulturelle Öffnung des Magistrats/Arbeitsübereinkommen

GRin. Dr. **Richter-Kanik** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Richter-Kanik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ für diese Gemeinderatsperiode ist eines der in Zusammenhang mit der Integration genannten Ziele die interkulturelle Öffnung des Magistrats Graz. Unter anderem durch ein klares Bekenntnis zur interkulturellen Orientierung in einem Leitbild und Verankerung der interkulturellen Öffnung als Aufgabe der Verwaltungsreform und der Personalentwicklung sowie durch mehrsprachiges (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Informationsmaterial, Übersetzungen von Formularen, Merkblättern etc.

So weit das sehr hohe Ziel. Doch Tatsache ist auch: Erreicht ist dieses Ziel jetzt, knapp acht Monate vor Ende dieser Gemeinderatsperiode, bei weitem nicht. Ja, ich wage sogar zu behaupten: Was diesen Punkt des Arbeitsübereinkommens betrifft, hat der zuständige Integrationsreferent noch nicht einmal den Startschuss gegeben. Und das, obwohl diese interkulturelle Öffnung auch für die Stadt ungeheure Chancen eröffnen könnte – ich denke etwa an Dolmetschtätigkeiten, ich denke aber auch an Möglichkeiten, ausländische MitbürgerInnen beziehungsweise Menschen mit nicht deutscher Muttersprache in Bereichen der Mediation einzubinden, um das Miteinander zu fördern.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

welche Schritte Sie setzen werden, um das Arbeitsübereinkommen in diesem Punkt zu erfüllen? (*Applaus SPÖ*)

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin! Da gibt es viel zu tun, ein Satz den sie schreiben, der tut ein bisschen weh, aber da haben wir unterschiedliche Auffassungen, wenn Sie sagen, wir haben noch nicht einmal den Startschuss gegeben, dann kann ich Ihnen nur sagen, es unterscheidet sich Ihr Urteil sehr gegenüber dem Urteil des Kommissars des Europarates Hammerberg, der gestern bei mir auf Besuch war, der die Landeshauptstadt Graz ganz gewaltig lobt und nicht nur lobt, sondern er ist bewusst in diese Stadt gekommen, weil er gute Beispiele sucht für andere Städte, wie kann man das Thema der Menschenrechte, der Migration, der friedlichen Koexistenz von Religionen wirklich anschaulich einmal auch anderen Städten näher bringen. Und er ist bewusst nach Graz gekommen, weil wir Projekte im Laufen haben, die es woanders nicht einmal im Ansatz gibt. Und wenn Sie sagen, interkulturelle Öffnung, dann möchte ich Ihnen sagen, dass ich einer der Ersten war, der versucht hat, das was legal einmal möglich war, nämlich auch Menschen, die nicht den österreichischen Pass besitzen, beim Magistrat zu beschäftigen. Das wir ein Modell gestartet haben, das uns heute, weil, sage ich, leider, Integration bleibt eine Querschnittsaufgabe, ich kann Vorschläge machen, das war die Möglichkeit, dass Menschen, die zu uns nach Graz kommen, im Asylverfahren sind auch zusätzlich arbeiten dürfen bis zu einer Zuverdienstgrenze, Sie kennen das Projekt, da will ich ganz im Speziellen der Kollegin Stadträtin Monogioudis danken, die mit den Wirtschaftsbetrieben, auch mit den Mitarbeitern dort das Projekt fast, fast die einzige Abteilung war, die es auch heute noch lebt. Sie brauchen nur durch den Stadtpark gehen, dann werden Sie das frühmorgens schon sehen können. Ich persönlich sitze zur Zeit auch gerade mit dem Herrn Magistratsdirektor zusammen, um ernsthaft drüber nachzudenken, Wien ist da sicherlich auch von den Formulierungen her sehr geschickt und gut vorgegangen, einmal wirklich abzugrenzen, in welchen Bereichen ist das möglich. Ich kann es im Hoheitsbereich oder ich schließe es für mich jetzt auch und für uns im Hoheitsbereich natürlich aus, aber es gibt bei uns so viele Dienstleistungsbereiche, wo, und da stimme ich Ihnen jetzt wirklich zu, wo wir diese Talente, diese Sprachen, all das, was hier zu uns kommt, nutzen können und umdrehen wollen und wir beabsichtigen auch hier noch im heurigen Jahr einen weiteren Schritt für den Magistrat Graz. Da bitte ich aber noch um ein bisschen Geduld, was die Umsetzung anbelangt (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Richter-Kanik**: Ich habe nicht gemeint, dass nichts passiert, aber wichtige Sachen passieren nicht. Ja, die Kleinigkeiten passieren schon. Herr Kommissar lebt nicht in Graz, natürlich wie man präsentiert, nimmt er so wahr. Religion ist eine Sache, natürlich passieren in diese Richtung gute Sachen in Graz, Graz ist Vorreiterrolle, das weiß ich, aber das tägliche Leben ist etwas anderes und was wir da erleben, für mich ist wichtig, unser tägliches Leben soll erleichtert werden und es gibt so viele Leute, die nicht österreichischen Pass haben, haben keine Möglichkeit, in einer öffentliche Einrichtung zu arbeiten, weil ihre Diplom in Frage gestellt ist. Und ich denke, dass es ein großer Gewinn für die Stadt Graz ist, weil ökonomisch sogar und auch in bestimmte Richtung kann man diese Leute sehr gut Wissen, Know-how bekommen können.

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich bitte Sie, nur zu bedenken, dass in Wirklichkeit Anfragen, Fragen die einzige Möglichkeit für Gemeinderäte/Gemeinderätinnen sind, mit Ihnen im Wesentlichen überhaupt in einen Meinungs austausch, was Themen der interkulturellen Öffnung etc. anlangt, treten zu können. Ich kann mich erinnern an die letzte Tagung des Migranten/Migrantinnenbeirates, da hat es dann eine Podiumsdiskussion gegeben, wo der Thomas Rajakovics als Vertreter der ÖVP auch dort war und ich habe auch dort eingebracht und darum gebeten, es wäre gut, weil Integration einfach ein Thema ist, das man aus einem Parteienstreit heraushalten sollte, wo es gemeinsam darum geht, gemeinsam Lösungen zu finden und voranzutreiben und gemeinsam für alle Grazer/Grazerinnen und arbeiten. Ich habe damals darum gebeten, es wäre gut, wenn wir so regelmäßig einen runden Tisch machen könnten, wo auch die Vertreter/Vertreterinnen der anderen Parteien erfahren, was Sie im Konkreten planen im Integrationsbereich, wo wir uns auch darüber austauschen können. Ansonsten können wir da Fragen, Anfragen stellen, wir lesen in der Zeitung, was dann halt ein bisschen auch den Geruch hat, aha, ein Jahr vor der Wahl hat man jetzt auch bei der ÖVP das Thema Migranten/Migrantinnen...

Zwischenruf GRin. Potzinger: Wo gibt es das in anderen Ressorts?

GRin. **Edlinger**: Die Sissi Potzinger fragt, wo gibt es das in anderen Ressorts? Sissi, du weißt, gerade im Familien- und Jugendausschuss haben wir, ich weiß nicht wie viele zusätzliche Ausschusssitzungen, quasi nicht mit Tagesordnungsstücken, sondern zu bestimmten Themen abgehalten, zu bestimmten Fragestellungen.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Auf meine Initiative.

GRin. **Edlinger**: Tatsache ist auch hier an dieser Stelle noch einmal die Bitte, einfach hier einen stärkeren Informationsaustausch zu pflegen. Den Diskurs mit anderen Vertretern/Vertreterinnen auch jenseits von konkreten Gemeinderatsstücken zu finden, um gemeinsam daran zu arbeiten, dass das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft in Graz einfach zur Normalität wird. Wo alle sich mit ihren Ängsten berücksichtigt fühlen, wo alle sich auch einbringen können und wir einfach eine gute Basis für ein Zusammenleben aller Grazer/Grazerinnen haben (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, im Prinzip gehe ich mit Ihnen d'accord, es ist natürlich immer wieder schwer, wo sind die Plattformen, wie oft treffen wir uns. Wir haben uns im Gemeinderat hier darauf geeinigt, dass Integration eine Querschnittsmaterie bleibt, die in allen Ressorts gelebt werden soll, weil ja letzten Endes alle Lebensbereiche auch unsere Migrantinnen/Migranten betreffen. Es gibt für mich als Integrationsreferenten quasi einen neuen Überbau, den wir versucht haben hinzubekommen. Da haben wir viele Produkte umgesetzt, ich bleibe dabei, ich bin stolz darauf, es waren nicht nur meine Erfindungen, sondern es ist gerade aus

den unterschiedlichsten Arbeitskreisen, zu denen immer wieder alle Fraktionen eingeladen werden, sind diese Themen und diese Projekte dann letzten Endes auch herausgekommen. Ob das unser Referat ist, das wir eingeführt haben, ob das der Menschenrechtsbeirat ist, ob das der Menschenrechtspreis ist, ob es die Idee des Welcome-Hauses ist, das wir organisatorisch jetzt noch umsetzen, ich habe jetzt ganz bewusst auch auf die Anfrage reagiert, weil ich Ihnen Gelegenheit geben will, ich will drüber reden, es ist ein wichtiges Thema, wir sind gut unterwegs, wir waren immer schon gut unterwegs, weil es viele NGOs gegeben hat, die hier mitgearbeitet haben, wir haben unter anderem Menschenrechtsbeirat alle Fraktionen mit drinnen vertreten, wir haben den interreligiösen Dialog auf einer ganz besondere Art und Weise hier. Aber ich kann natürlich jetzt, und ich fange ja gerade damit an, deswegen auch das Integrationsreferat, die Frau Köcksal versucht ja auch hier jetzt alle Integrationsthemen wirklich zu diskutieren, ich bin nicht immer dabei, weil ich es auch gar nicht immer sein kann und diese Themen werden letzten Endes, was immer dort rauskommt auch bei den Besprechungen, werden in Projekte umgewandelt und mir wieder vorgelegt. Das heißt, ich bin nicht der, der mit dem Löffel der Weisheit herumgeht und was verteilen möchte, sondern in gewissen Arbeitskreisen kommen Themen auf uns zu, die meisten davon versuche ich dann umzusetzen, wenn das Geld dafür auch da ist oder die Organisation das auch bewältigen kann. Und zwar möchte ich es auch weiter pflegen, aber wenn Sie gerne des Öfteren den Dialog möchten, kann ich gerne auch einmal extra einladen (*Applaus ÖVP*). Aber vielleicht noch ein Nachsatz, also diese interkulturelle Öffnung des Magistrates ist wirklich eine Überlegung bei uns, aber wir schauen ganz genau, wo ist das machbar, wo ist das möglich und da werden Sie von uns noch hören.

4) Arbeitskreis Sicherheit

GRin. **Jahn** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Jahn**: Ich stelle wieder eine Anfrage an Sie, Herr Bürgermeister, bezüglich des Arbeitskreises Sicherheit, den es vor längerer Zeit einmal gegeben hat und der

eigentlich gar nicht so unspannend gewesen ist, weil er sich vor allem mit den Fragen von Sicherheit im öffentlichen Raum beschäftigt hat, wo es ja sehr, sehr unterschiedliche Zugänge gibt, sowohl was jetzt Stadtverwaltung, Exekutive, Polizei, bestimmte Bevölkerungsgruppen etc, etc gibt und dort das eigentlich das Gremium war, wo wir uns über die Problematiken in dem Bereich auf einer sehr sachlich fundierten Basis unterhalten haben, abseits von Wahlkampfgeplänkel oder sonstigen polemischen Diskussionsbeiträgen. Gerade in letzter Zeit ist ja der öffentliche Raum wieder sehr stark ins Blickfeld gerückt, was natürlich daran liegt, dass wir uns im Wahlkampf befinden und jede Fraktion sich natürlich über diverse Debatten versucht, die Debatten zum öffentlichen Raum, auch versucht, sich zu profilieren, die eben dann an den Punks, an den BettlerInnen, an wem auch immer aufgehängt werden. Meistens in einer negativen Form.

In dem Zusammenhang gibt es sehr, sehr viele Konfliktfelder, die sich vor allem zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und der Polizei abspielen. Einerseits, wie schon genannt die Bunten, oder besser Ihnen als Punks bekannt, die im Zuge der

Bestimmungen des Landessicherheitsgesetzes sehr, sehr oft in Konflikt, aus meiner Sicht, in unnötige Konflikte mit der Polizei geraten, von beiden Seiten oft unnötige Konflikte muss man dazusagen, es gibt sehr, sehr viele unnötige Konflikte, mit denen MigrantInnen zu kämpfen haben und auch viele Konflikte, vor allem bei AsylwerberInnen, da im Speziellen Afrikaner und Afrikanerinnen, die insbesondere oft von der Polizei kontrolliert werden und wo es oft durch Missverständnisse, auch oft nur durch sprachliche, zu Konflikten kommt, die man relativ leicht vermeiden könnte. Ich erinnere in dem Zusammenhang auch an den Fall von Herrn Braschant Joschi der Ihnen vielleicht auch bekannt ist, eine ehemaliger TU-Assistent, der mittlerweile promoviert hat und jetzt in den USA an einer sehr renommierten Uni unterrichtet und forscht, der mit seinem Rad auf dem Gehsteig gefahren ist, vor seinem Wohnhaus und in seine Wohnung gehen wollte und dann von der Polizei nach seinem Ausweis gefragt wurden. Er hat leider keinen dabei gehabt und die Polizei ist dann gleich mit mehreren Polizeiautos hin, hat ihn am Boden niedergestreckt, mit Pfefferspray bearbeitet, ihn verhaftet, ihn wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt angezeigt, was dann zu verschiedensten Verfahren geführt hat, wo dann sogar seiner Beschwerde gegen die Polizei beim UVS Recht gegeben wurde. Also dass an ihm amtsgehandelt wurde in einem völlig ungebührlichen Maß.

Zu ähnlichen Vorfällen ist es auch im Zuge der Demonstration an der Universität im Zuge des Auftritts von FPÖ-Parteichef Hans-Christian Strache gekommen, wobei da zu sagen ist, dass die Konflikte leider Gottes die Ursache auf beiden Seiten hatte. Also sowohl bei den DemonstrantInnen als auch bei der Polizei. Wobei man natürlich hier nicht verallgemeinern kann, es gab einige DemonstrantInnen, die tatsächlich nicht mehr unter Kontrolle zu bringen waren und das was sie gemacht haben, sicherlich nichts mit friedvollen Protest mehr zu tun hatte, was auch von der Mehrheit so nicht goutiert und unterstützt wurde.

Zwischenruf GR. Schönegger: Aber aufgerufen wurde.

GRin. **Jahn:** Gleichzeitig aber auch die Polizei sich in ungebührlichem Maße, aus meiner Sicht, verhalten hat, auch den Demonstrantinnen gegenüber und ich denke Aussagen von Polizisten wie „Schleichts euch“, nur wenn man sie fragt, was da passiert ist oder wenn man sie nach der Dienstnummer fragt oder Aussagen, die ich auch selbst gehört habe, wie „Dich bring ich heut noch ins Krankenhaus“, das steht, glaube ich, nicht in irgendwelchen Polizeilehrbüchern. Und natürlich, ich kann verstehen, dass Polizistinnen und Polizisten auch Menschen sind, die in aufgewiegelten, aufgeheizten Situationen mit den Nerven kämpfen, trotzdem denke ich, es gibt eine Polizeiausbildung, die vielleicht den einen oder anderen Mangel aufzeigt und es kann nicht sein, dass es solche Vorkommnisse, wie sie an der Universität passiert sind, dass das zum Alltag gehört. Und ich denke mir, der Arbeitskreis Sicherheit wäre eine Möglichkeit, solche Konfliktfelder, die sich im öffentlichen Raum abspielen auch einer seriösen Weise in einem angemessenen Rahmen mit den unterschiedlichen Expertinnen...

Zwischenruf GRin. Dr. Sickl: Das ist Wahlwerbung.

GRin. **Jahn:** ...zu diskutieren und ich sage das, weil die Kollegin Sickl sagt, Wahlwerbung, ganz bewusst heute diese Anfrage eingebracht, weil wir ohnehin schon sehen, wohin der Wahlkampf geht.

Deswegen meine

A n f r a g e

an Sie, Herr Bürgermeister,

werden Sie den Arbeitskreis Sicherheit wieder aktivieren, um derartige Problemfelder unter Einbezug aller Betroffener zu diskutieren und konstruktive Lösungsvorschläge zu erarbeiten?

Bgm. Mag. **Nagl:** Frau Gemeinderätin, jetzt hätte ich wirklich eine Bitte an Sie, aber vielleicht an alle Mitglieder der Grünen. Wenn Philipp Ulrich als Grüner Spitzenkandidat im ÖH-Wahlkampf auf seiner Internet-Seite draufschreibt „Wenn meine Kinder einmal ÖVP Wählen, dann knalle ich sie ab“, dann sollten Sie, noch einmal, dann sollte das ernsthaft in euren Reihen diskutiert werden, das ist nicht zum Lachen (*Applaus ÖVP*), und das, was ich auch noch sagen möchte, weil Sie es da am Rednerpult gesagt haben, es gibt da quasi zwei gegenüberstehende Parteien, die sich da gegenseitig aufgewiegelt haben. Die Polizei ist dazwischen gestanden und wenn sie sagen, das sind Protestierer, dann war es nicht die Polizei, die da mitaufgewiegelt hat, so glaube ich es nicht, sondern die haben schauen müssen, dass Sie in einem Rechtsstaat, und ich verteidige niemanden und garantiert auch nicht den Herrn Strache, ich weiß auch gar nicht, was er dort gesagt hat, ich war ja nicht dabei, aber Sie waren dabei, haben Sie gerade gesagt. Also, ich sage Ihnen ganz ehrlich, die Aggressivität, die auch dort von einer Frau ausgegangen ist, die da viel organisiert hat, das was hier alles zum Einsatz kommt, da braucht man Polizei. Und es ist traurig genug, dass es so auf unserer Universität zugeht. Ich erinnere nur an einen tollen Leserbrief, den eine Studierende oder ein Studierender jetzt in einer Tageszeitung Gott sei Dank auch veröffentlicht bekommen hat, wo er gesagt hat, er

geniert sich als Student, dass auf universitärem Boden es so zugeht, wie es da zugegangen ist (*Applaus ÖVP*). Es gibt viele Leserbriefe, ich weiß es, aber ich bitte nur einmal auch deutlich auf den Universitäten die Jugend aufmerksam zu machen, wie sie da vorgehen, das ist ja nicht Muss, dass man schon mit Materialien hingehet und Wurfgeschosse mithat usw. Man kann alles ausdiskutieren in einer demokratischen Gesellschaft, aber dass man jetzt quasi noch eine Anfrage draus macht, sind die Polizisten wieder und die Polizistinnen die Bösen, ich werde jeden Vorwurf der da kommt, werde ich weitergeben und ich werde Ihnen auch einen Bericht der Polizei da zukommen lassen, aber gerade unsere Polizei in Graz hat sich jetzt sogar hineinreklamiert, weil man nicht gleich an sie gedacht hat, dass sie im Menschenrechtsbeirat dabei sein wollen, weil sie vorbildhaft auch in der Ausbildung etc. schon vieles umsetzen. Aber wenn ein paar Heißläufer dort auf der Universität aufmarschieren und es dort quasi zu Gewaltakten kommt, dann wird unsere Polizei das machen, was sie im Rechtsstaat auch zu tun haben. Aber wenn dann, aber das bitte ich nicht gleich jetzt wieder mit Pauschalverurteilungen, eine Professorin und einer hat gesagt, was ein Polizist gesagt hat, dann konkrete Anschuldigungen auf den Tisch, dann gibt es genügend Untersuchungsmöglichkeiten bei unserer Polizei und dann können wir das ausdiskutieren, aber das sind schon wieder so Anschuldigungen, und die möchte ich heute einmal wirklich die Polizei hier verteidigen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Jahn:** Ich kann Ihnen gerne das entsprechende Video und Dokumentationsmaterial auch von meinen blauen Flecken, die ich bekommen habe, obwohl ich dort mit einer Videokamera versucht habe, Aufnahmen zu tätigen, zeigen. Ich muss schon sagen, ich habe ganz klar gesagt, es hat Leute gegeben, die Sachen gemacht haben, die nicht in Ordnung waren und die definitiv nicht unterstützungswert waren. Aber das war auf keinen Fall die Mehrheit der DemonstrantInnen, das Recht der Menschen ist, gegen Dinge, die sie nicht super finden, zu demonstrieren...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Aber nicht mit Gewalt.

GRin. **Jahn**: ...und ich verwehre mich meinerseits dagegen, dass da jetzt alle, die dort waren, als SchlägerInnen und sonst irgendwas abgestempelt werden. Weil so ist es nicht gewesen.

Zwischenruf GRin. Gesek: Hat niemand gesagt.

GRin. **Jahn**: Ich zeige Ihnen gerne die Videos, es wird auch auf der anderen Seite genügend Anzeigen geben und wie gesagt, es geht lediglich darum, dass auch die Polizei, weil es war eine aufgeheizte Situation, es darf dann auch nicht teilweise Willkür herrschen durch einzelne BeamtInnen. Das ist das, was ich hier sage und das ist auch belegbar und es tut mir leid, ich weiß, dass sehr, sehr viele BeamtInnen sich wirklich ruhig und gut verhalten haben, andere aber auch nicht und das Gleiche gilt für die DemonstrantInnen und ich verwehre mich wirklich dagegen, wenn da jetzt so getan wird, als ob wir da in irgendeiner Weise einseitige Beschuldigungen abliefern würden, weil so ist das nicht.

Zwischenruf GR. Schönegger: Und kein Wort zu Ulrich? Klarstellung zum Herrn Ulrich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich ersuche Sie, wenn Sie ein Filmmaterial haben, dass Sie mir das geben, können wir mit der Polizei jederzeit abklären.

GR. **Lozinsek**: Frau Kollegin Jahn, eine Klarstellung muss schon sein, es hat dort eine Veranstaltung des Rings Freiheitlicher Studenten gegeben, die war im

Heizhaus, es war eine angemeldete Veranstaltung. Draußen war eine angemeldete Demonstration, die Polizei hat, und das ist ihre Aufgabe, in einem Rechtsstaat hier für Ordnung und Sicherheit zu sorgen und ich möchte nur zur Bilanz etwas sagen, es hat vier verletzten Polizisten gegeben und darunter einer mit einem Nasenbeinbruch, wenn dem vielleicht rausrutscht, nachdem ihm die Nase gebrochen wurde von einem Demonstranten, von einem linksgerichteten gewaltbereiten Demonstranten und nur von dieser Seite ist die Gewalt ausgegangen, dann muss ich sagen, da muss man auch Verständnis dafür haben. Wie gesagt, die Bilanz sieht aus, vier Polizisten, die dort ihren Job machen im Dienste der Republik oder im Dienste der Sicherheit, sind verletzt worden, einer mit Nasenbeinbruch, das sagt, glaube ich, mehr als alles (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GRin. **Binder**: Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, irgendwie ist es schwierig, über so eine Sache zu diskutieren. Vorweg möchte ich einmal sagen, es gibt das Demonstrationsrecht, wie es auch das Recht der freien Meinungsäußerung gibt und das kann mitunter ziemlich kollidieren.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Mit schwerer Körperverletzung?

GRin. **Binder**: Viele von uns waren Studierende und Gott sei Dank sind Studentinnen und Studenten immer jener Teil der Bevölkerung, der auch immer hoch politisiert ist. Das ist das eine, das andere, das sind die Geschichten einerseits, die die Christina Jahn, weil sie auch direkt teilgenommen hat, gebracht hat, aber wenn sie in den Zeitungen geschaut haben, da gab es auch ein Foto im Falter, wo der Herr Kumpfmüller, dem man nicht vorwerfen wird können, ein ganz schlimmer radikaler Linker zu sein, wo der Herr Kumpfmüller äußerst gewalttätig von einem Polizisten so geschnappt wird, weil der Herr Kumpfmüller Folgendes getan hat: Zwei Polizisten haben auf einen eingeschlagen, der am Boden liegt, oder drei und zwei andere sind

noch danebengestanden, Polizisten und der Herr Kumpfmüller wollte die Polizisten darauf hinweisen, dass dieser junge Mann, der da am Boden liegt, nichts getan hat und dass sie aufhören sollen. Und daraufhin ist ein Polizist eben gewalttätig gegen den Herrn Kumpfmüller geworden. Also, wir könnten jetzt wahrscheinlich viele Geschichten dieser Art uns jetzt noch gegenseitig erzählen. Wenn der Philipp Ulrich, ich habe das nicht gewusst, wenn der Philipp Ulrich so etwas geschrieben hat, dann muss ich sagen, ich distanziere mich von solchen Sachen, ich distanziere mich ganz eindeutig. Ich mag den Philipp sehr, ich führe immer wieder Diskussionen mit ihm, spannende, aber darüber möchte ich mit ihm reden, ich mag nicht in seiner Partei sein, wo solche Dinge auf den Homepages stehen, das will ich nicht. Aber Herr Bürgermeister, die Frau Jahn hat eine andere Anfrage dann ja auch noch an Sie gestellt. Ihre Anfrage ist, ob Sie den Arbeitskreis Sicherheit wieder aktivieren wollen, um eben auch derartige Problemfelder, wie sie sagt, unter Einbeziehung der Betroffenen zu diskutieren und das wäre spannend, von Ihnen eine diesbezügliche Antwort zu kriegen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die können Sie gerne kriegen. Ich werde nicht alle an einen Tisch setzen, sicher nicht die gewaltbereiten, auch wenn Sie den einen oder anderen kennen.

Zwischenruf GR. Binder unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin Jahn schreibt im Antrag genau hinein, unter Einbezug aller Betroffenen zu diskutieren und da sind ein paar Herrschaften dabei, die da betroffen waren, die möchte ich nicht bei uns am Tisch sitzen haben, sage das relativ deutlich (*Applaus ÖVP*), aber ich werde sehr gerne auch im nächsten Monat, weil wir eh mit Plätzen etc. dann auch noch im Gemeinderat einmal mit einem Stück zu diskutieren haben, dass wir da vorher einen Arbeitskreis Sicherheit einberufen,

dann wird die Polizei selbstverständlich wieder mit am Tisch sitzen. Meine Bitte noch einmal, Frau Gemeinderätin, wenn Sie ein Material haben, das eindeutig zeigt, dass ein Polizist nicht dem Gesetz nach gehandelt hat, dann mir bitte geben, Frau Gemeinderätin. Wenn Sie Material haben, dann mir bitte geben, da gehe ich auch nach, aber ich wollte nur noch einmal sagen, Sie machen hier eine Anfrage und es geht alles wieder politisch auch in Richtung Menschenrechte, ich bitte nur auch einmal, dann da laut sagen zu dürfen, dass es im ÖH-Wahlkampf im Übrigen so viele Plakate und Dinge gegeben hat, ich erinnere nur Frauen mit Maschinenpistolen abgebildet, „seid furchtbar und wehret euch“, kann man auch in eine Richtung tun. Noch einmal, ich glaube, dass in der heutigen Zeit eine Frau mit einer Maschinenpistolen auf einem Wahlkampfplakat nichts verloren hat, auch das in Richtung KPÖ (*Applaus ÖVP*). Ich bitte nur ernsthaft, auf der einen Seite, wir reden heute noch über Fairness und all die Dinge, und dass wir nicht auf der einen Seite immer sagen, wir plädieren für Menschenrechte etc. und dann tolerieren wir aber auch solche Dinge, das ist meine Bitte und wenn es Vergehen gibt, bin ich der Erste, der mit der Polizei das auch gerne diskutiert; im Arbeitskreis Sicherheit werden wir das auch anschneiden mit der Polizei gemeinsam (*Applaus ÖVP*).

5) Fahrzeitbeschränkung für SeniorInnen bei der GVB

GRin. **Felbinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Felbinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner ersten Anfrage geht es um Fahrzeitbeschränkungen bei SeniorInnen. SeniorInnen haben die Möglichkeit, die Autobusse und Straßenbahnen der GVB mit ermäßigten Fahr-/Zeitkarten in Graz zu benützen. Diese gelten aber nur ab 8.15 Uhr.

Dies stellt einige Betroffene vor Probleme, wenn Sie vor der Gültigkeitszeit die Dienste der GVB für Arzt-, Ambulanz oder Krankenhaustermine in Anspruch nehmen wollen. Um das Anliegen zu konkretisieren: Es gibt SeniorInnen, die sich ehrenamtlich engagieren wie zum Beispiel beim Vinzi-Markt. Diese MitarbeiterInnen

müssen weit vor 8.15 Uhr den öffentlichen Verkehr benützen, um ihre Tätigkeit aufnehmen zu können.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich bei den Grazer Verkehrsbetrieben dafür einzusetzen, dass in bestimmten, nachgewiesenen und begründbaren Ausnahmefällen diese zeitliche Einschränkung im Bereich der ermäßigten SeniorInnenkarten aufgehoben wird? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke für die Anfrage, es sollte ein vernünftiger Modus gefunden werden, leicht wird das nicht. Die ursprüngliche Idee war ja, dass wir nicht alle Schülerinnen und Schüler und die Seniorinnen und Senioren zugleich in den Straßenbahnen haben, weil das geht sich von der Kapazität nicht aus. Da müssen wir einmal drüber reden, ich werde es in Richtung GVB weiterschicken Ihre Anfrage und schauen, ob wir da zu irgendeinem Modus finden, leicht wird es nicht, Sie wissen, das ist ja dann ein Ausnahmefall, ich habe einen Termin jetzt in der Ambulanz, wie mache ich das dann mit meiner Karte. Aber schauen wir einmal, vielleicht gibt es eine Lösung, mir fällt ad hoc keine ein.

6) Preispolitik bei den Grazer Freizeitbetrieben

GRin. **Felbinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Felbinger**: Dieses Mal geht es um den Teil der Freizeitbetriebe. Wie Sie wissen, führt die Preispolitik der Grazer Stadtwerke dazu, dass für viele Familien mit Kindern ein Badetag in unseren städtischen Schwimmbädern zum Luxus wird.

Die Eintrittspreise liegen über jenem Preisniveau in anderen Landeshauptstädten. Auch die sogenannten Familienkarten stellen keine wirklichen Alternative dar.

Ich möchte Ihnen wie in den Jahren zuvor einen Preisvergleich der Eintritte mit der Bundeshauptstadt Wien und dieses Mal auch mit Linz anführen. Sie haben die Liste vor sich liegen, ich möchte nur den Tageseintritt für Erwachsene erwähnen. In Graz beträgt dieser € 5.70, in Wien 4.50 und in Linz 3.50. Um noch die Familienkarten herauszugreifen: In Graz bezahlt man für eine Familienkarte ein Erwachsener, ein Kind 7.30, in Wien 5.50 und in Linz 4 Euro.

Wie Sie aus diesem Vergleich herauslesen können, unterscheidet das Tarifsysteem der Freizeitbetriebe auch nicht zwischen Kindern und Jugendlichen in der Altersspanne zwischen 6 und 15 Jahren. Darüber hinaus können Sie erkennen, dass die sogenannten Familienpakete wesentlich teurer sind. Die KPÖ tritt schon seit einigen Jahren für leistbare Eintrittspreise in den Grazer Bädern ein.

Ich richte an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit sich bei den zuständigen Stellen der Freizeitbetriebe dafür einzusetzen, dass eine Preiskorrektur nach unten passiert? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin, bin da ganz bei Ihnen, der Vergleich macht einen wieder sicher, dass wir schon für das Baby die 70 Cent haben, in den anderen Städten nicht, dass wir eigentlich fast bei den Familienkarten mit zwei Kindern auf den doppelten Preis kommen, ist einfach aus meiner Sicht auch eine wirtschaftlich falsche Entscheidung, Menge mal Preis kann auch Ergebnis bringen. Wenn immer weniger Leute ins Bad gehen, haben wir dort auch Defizite, ich werde auch Ihren Antrag wieder zum Anlass nehmen, gemeinsam, auch mit dem Herrn Vizebürgermeister, mit den Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat Gespräche zu

führen, wie wir die Situation verbessern können. Ist kein Ruhmesblatt (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Basissubventionierung für das Haus Rosalia

GRin. **Schönberg** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schönberg**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der Gemeinderatssitzung am 16. 11. 2006 habe ich namens der KPÖ eine Basissubventionierung für das Haus Rosalie gefordert. Das Haus Rosalie in der Babenbergerstraße 61 ist eine Notschlafstelle für Frauen in Not. In Ihrem Antwortschreiben vom 14. 2. 2007 teilen Sie mit, dass das Sozialamt beabsichtigt, den offenen Beitrag für das Haus Rosalie über eine Tagsatzregelung in Vollziehung des Sozialhilfegesetzes abzudecken.

Nach Auskunft der Vinzenzgemeinschaft wurde das entsprechende Förderansuchen bereits am 18. 12. 06 abgegeben. Eine Auszahlung der Mittel nach der zugesagten Tagsatzregelung ist aber bis jetzt nicht erfolgt.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ folgende

A n f r a g e :

Wann ist mit der Auszahlung der in Aussicht gestellten Mittel für das Haus Rosalie zu rechnen? (*Applaus KPÖ*)

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Schlägerungen am Plabutsch

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Plabutsch ist ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt im Grazer Westen. Das schöne Waldgebiet und gut angelegte Wanderwege ziehen viele Erholungssuchende an. Große Empörung und Proteste löste der im Vorjahr durch Herrn Hohenberg veranlasste Kahlschlag hinter dem Schloss Eggenberg aus, der mittlerweile per Gerichtsbeschluss dazu aufgefordert wurde, Wiederaufforstungsmaßnahmen vorzunehmen. Jetzt gibt es erneut Klagen über Schlägerungen am Plabutsch, die von einem besorgten Anrainer per E-Mail auch an uns herangetragen wurden. Er weist darauf hin, dass bereits seit Monaten am Plabutsch Bäume gefällt werden, Motorsägen und Forstmaschinen zur Lärmerregung beitragen und gefällte Bäume die Wanderwege teilweise unpassierbar machen. Außerdem äußert er die Befürchtung, dass sich die Situation ab Herbst noch weiter verschlimmern könnte, da auch am Gaisberg weitere Schlägerungen vorgesehen sein sollen.

Aufgrund dieser Schilderungen stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren, um die Ursachen dieser Schlägerungsmaßnahmen am Plabutsch zu erheben und gegebenenfalls Schritte dagegen zu setzen, um den Waldbestand dort sichern beziehungsweise erweitern zu können? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, im ersteren Fall hinterm Schloss Eggenberg haben wir Gott sei Dank auch eine Klarstellung bekommen, es ist Waldfläche und es ist wieder aufzuforsten. Ich nehme an, dass diese Schlägerungsmaßnahmen aber sonst alle im Rahmen des Forstgesetzes stattfinden. Wir werden es uns anschauen, ich werde Ihnen geschäftsordnungsgemäß auch Bescheid geben.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Streckenführungsänderung der Buslinie 77

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Bewohnerinnen und Bewohner der Riesstraße sind an mich herangetreten, um ihren Vorschlag zur Verbesserung der Anbindung an den öffentlichen Verkehr einzubringen. Die Buslinie 77 führt in die Ragnitz und es besteht der Wunsch, dass die Streckenführung insofern verändert wird, dass auf der Rückfahrt des Busses eine Schleife über die Riesstraße eingerichtet werden soll.

Aus diesem Grund, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die Möglichkeiten zu einer Streckenführungsänderung der Buslinie 77 von den verantwortlichen Stellen prüfen zu lassen? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Literaturhaus – neue Verträge

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um das Literaturhaus, das vielen von Ihnen bekannt sein wird, auch weil sie immer wieder bei Veranstaltungen sein werden. Das Literaturhaus ist seit 2003 eine Erfolgsgeschichte. Und das Literaturhaus ist eines der wenigen Einrichtungen, die die gelebte Nachhaltigkeit von 2003 widerspiegelt. Mehr als 100 AutorInnen, Theaterschaffende und MusikerInnen, aber auch die Freie Szene sowie auch Kinder- und Jugendkulturprojekte wie zum Beispiel das „bookolino“ haben in den letzten Jahren im Literaturhaus eine Bühne bekommen und diese Bühne auch schätzen gelernt und über 10.000 Menschen besuchen jährlich dieses reiche Angebot des Literaturhauses. Damit wurden alle Erwartungen mehr als erfüllt und der positive Ruf des Hauses reicht weit über die Grenzen der Stadt hinaus.

Nun steht eine Verlängerung des Vertrages auf weitere fünf Jahre an und es soll die Karl-Franzens-Universität mit der Führung des Literaturhauses voll betraut werden.

Während der bereits zur Diskussion aufliegende Vertragsentwurf im § 2 zwar eine detaillierte Aufgabenbeschreibung der künftigen Leitung des Literaturhauses beinhaltet, wissenschaftliche Beratung, Dokumentation, Publikation, Öffentlichkeitsarbeit, usw, usw, also während im § 2 ganz detailliert über die Leitung zusammengefasst wird, gibt es zum Beispiel aber über die MitarbeiterInnen, die im besonderen Maße für den Erfolg des Literaturhauses zuständig sind, durch ihre fachkompetente Arbeit, durch ihr Engagement gibt es nur lapidare Hinweise, nachzuschlagen oder nachzuschauen im § 4 des Vertragsentwurfes.

Jene drei Personen, darunter eben zwei Frauen, die als Mitarbeiterinnen in den letzten Jahren wesentlich beigetragen haben, bekommen damit von der Stadt Graz keinerlei, durch diesen vorliegenden Vertragsentwurf, keinerlei Sicherheit darüber, wie sie eingestuft werden zukünftig, weil sie ja auch neue Verträge bekommen. Sie bekommen auch keine Sicherheit darüber, dass sie keine Schlechterstellung erfahren werden durch einen neuen Vertrag und sie bekommen auch keine

angemessene Aufwertung. Es ist lediglich festgehalten, und das ist ja wohl eine Klarheit, dass das so sein muss, dass ihre Gehälter halt indexangepasst sind, aber darüber braucht man gar nicht reden. Ich habe mich gefragt, ob es hier so ein typisches Mann-Frau-Schema auch gibt. Für den Mann, den Leiter, dessen Kompetenz ich nicht beurteilen kann, davon weiß ich zu wenig, also ich bin da nicht kompetent dazu, wird detailgenau alles festgelegt. Für die Frauen, die im Hintergrund die Arbeit leisten, wird gar nichts festgelegt. Und da frage ich mich schon, ob die Stadt Graz hier nicht einen Handlungsbedarf hat. Denn auch über Erfolgshonorare wird immer nur auf der obersten Ebene gefragt. Hätten diese beiden Frauen nicht auch ein Anrecht darauf, nachdem sie sehr viel am Erfolg dieses Literaturhauses beteiligt sind?

Nicht nur um die Qualität der Arbeit im Literaturhaus aufrechtzuerhalten, sondern auch weil die Stadt hier meiner Meinung nach eine ethische Verantwortung hat und auch als Geldgeberin, immerhin bezahlt sie 512.000 Euro per anno, fünf Jahre hindurch für das Literaturhaus, hat die Stadt Graz meiner Meinung nach das Recht und auch die Verpflichtung, gewisse Vorgaben in diesen Vertrag hineinzunehmen und daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, alle rechtlichen Möglichkeiten überprüfen zu lassen, inwieweit im Sinne des Motivenberichts eine Abänderung des vorliegenden Vertrags zu Gunsten der betroffenen Mitarbeiterinnen durchgeführt werden kann? Danke für die Aufmerksamkeit.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, ich habe die Anfrage nicht nur akustisch mitverfolgt, sondern auch schon vorher gelesen. Selbstverständlich werden wir uns das anschauen und kann Ihnen aber momentan nicht mehr dazu sagen. Wird geschäftsordnungsgemäß dann auch erledigt und wir werden schauen, dass man das genau verfolgt, was Sie hier aufzeigen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) „Fairer“ Wahlkampf

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Noch eine Anfrage, die zum Thema Menschenrechte geht, da haben Sie heute schon sehr sensibel reagiert, Herr Bürgermeister, aber das ist eh sinnvoll so, nachdem Sie der Bürgermeister der Menschenrechtsstadt sind, erwarten wir uns da auch eine gewisse Sensibilität in solchen Fragen. Wahlkampf ist, wir sehen das schon auf den Straßen, auf den Straßenbahnen und in diese Richtung geht meine Anfrage. Vor einigen Tagen hat mich der 15-jährige Sohn einer Freundin gefragt. Er frage sich, wie in einer Stadt der Menschenrechte die Plakate der Vorwahlkampagne der FPÖ so ohne weiteres aufgestellt werden können und auch inzwischen mit Straßenbahnen durch die Stadt gekurvt werden können.

Diese Frage stellt sich nicht nur der junge Mann. Kollege Herper hat sich diese Frage auch schon gestellt, wie wir gelesen haben, aber auch viele anderen Menschen sehen in dieser Wahlkampagne schlechte Vorzeichen für den weiteren Verlauf des Wahlkampfes. Sie selbst, Herr Bürgermeister, haben schon im Jänner angekündigt, dass Sie für Fairness in diesem Wahlkampf sorgen wollen und Sie werden antworten, dass es nicht alleine in Ihrer Verantwortung liegt, aber das ist nur zum Teil richtig, denn Graz ist, wie wir immer wieder hören und auch immer wieder großartig angekündigt hören, in einer besonderen Situation. Graz ist Menschenrechtsstadt, Graz ist nicht vor langer Zeit der Städtekoalition gegen Rassismus beigetreten, in Graz formiert sich gerade eben ein Menschenrechtsbeirat, in dem auch die FPÖ mit Sitz und Stimme vertreten ist.

Das heißt, welche Bedeutung haben diese Titel und Gremien, müsste in Graz die Voraussetzung nicht anders sein als anderswo, müsste man Graz nicht eben auch auf der Straße als Menschenrechtsstadt erkennen können? Wir halten es deswegen

auch für von Bedeutung, wie Sie als Bürgermeister dieser Stadt zu dieser Frage stehen, gibt es einen Unterschied, macht es einen Unterschied, ob wir in einer Menschenrechtsstadt leben oder nicht?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, um für ein faires und menschenfreundlicheres Klima in Graz zu sorgen, braucht es aber eben ganz konkrete Handlungen und nicht nur eben Worte und Titel. Sie haben hier eine besondere Verantwortung.

Daher richte ich an Sie heute die

A n f r a g e :

1. Sind Sie bereit, sich – wenngleich etwas spät – für ein Fairnessabkommen der wahlwerbenden Parteien einzusetzen und hier im Gemeinderat einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen?
2. Sind Sie bereit, in weiterer Folge zu prüfen, ob es eine rechtliche Handhabe gibt die Kriterien der Menschenrechtstadt und der Internationalen Städtekoalition gegen Rassismus als Bedingung für die Ausschüttung von Parteienförderung und Mittel in Richtung Parteien festzusetzen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Zum ersten Punkt ist schon ein Brieflein an alle Fraktionen unterwegs, um dieses Fairnessabkommen, unter Umständen auch mit einer Kommission begleitet, damit sie so etwas wie eine Schiedsrichterstellung auch hat, dass man das vorbereitet. Den zweiten Punkt finde ich sehr originell und interessant und den werden wir mitdiskutieren in dieser Runde. Ich bedanke mich.

12) Förderung der Zivilcourage

GR. **Lozinsek** stellt folgende Anfrage:

GR. **Lozinsek**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich darf mit einem Zitat von Immanuel Kant beginnen, der einmal gesagt hat: „Herzhaftigkeit ist bloß eine Temperamenteigenschaft. Der Mut dagegen beruht auf Grundsätzen und ist eine Tugend.“ Zitat Ende.

Die Wahrung der inneren Sicherheit ist nicht nur mehr Aufgabe der Exekutive allein, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch auf die Mitwirkung und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Hinsehen und nicht wegschauen muss in unserer Gesellschaft wieder zum Gebot werden. Eine couragierte Gesellschaft signalisiert potenziellen Straftätern Zusammenhalt und Entschlossenheit bei der Bekämpfung von Straftaten. Eine couragierte Gesellschaft erhöht vor allem die subjektive Sicherheit, aber auch die tatsächliche Sicherheit und leistet durch richtiges und entschiedenes Handeln einen wertvollen Beitrag zur Verbrechensbekämpfung, sowohl deren Vereitelung wie deren Aufklärung.

Die Grazer Polizei ehrt schon seit geraumer Zeit Bürgerinnen und Bürger durch ein sogenanntes Anerkennungsschreiben, die durch Zivilcourage Straftaten entweder verhindert oder bei deren Aufklärung mitgewirkt haben. Solche Bürger sind Vorbild für jeden Einzelnen in unserer Stadt, bei Straftaten nicht wegzuschauen, sondern hinzusehen, die Polizei zu verständigen und als Zeuge zur Verfügung zu stehen.

Es wäre höchst an der Zeit, dass auch die Politik Zivilcourage in unserer Gesellschaft fördert und couragierten Bürgern damit signalisiert, dass sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Eine entsprechende Ehrung und Anerkennung sollte daher auch durch die Stadt Graz, durch das offizielle Graz erfolgen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du in deiner Funktion als Bürgermeister bereit bist, Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die durch couragiertes Auftreten in der Öffentlichkeit entweder Straftaten vereitelt oder zu deren Aufklärung beigetragen haben, durch eine entsprechende Anerkennung durch das sogenannte „offizielle Graz“ zu ehren.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, auch hier gibt es immer wieder Anerkennungsschreiben, die ich zum Teil als Bürgermeister gemacht habe, ich weiß nicht, wie viele Menschen ich dabei übersehen habe, ich habe es meistens aus den Zeitungsberichten entnommen und dann auch namens der Stadt ein Dankeschön gesagt, aber wir können das sicher institutionalisieren, ich werde den Vorschlag aufgreifen und schauen, dass wir das zu einem Art Regelwerk bei uns machen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).